

<https://www.bz-berlin.de/berlin/bei-der-berliner-tafel-gibt-es-lebensmittel-nur-noch-alle-14-tage> 4.6.2022

Bei der Berliner Tafel gibt es Lebensmittel nur noch alle 14 Tage!

Weniger Spenden und mehr Bedürftige: Bei der Berliner Tafel werden die Lebensmittel knapp. An mehreren Ausgabestellen gibt es für Bedürftige nur noch alle 14 Tage eine Tüte mit Obst, Gemüse und Brot, eine nimmt keine Bedürftigen mehr.

Grund für die gestiegene Nachfrage sind die hohen Lebensmittelpreise. Die Berliner-Tafel-Vorsitzende Sabine Werth (65) schlägt deshalb jetzt Alarm:

„Die Zahl der Menschen, die kommen, hat sich in letzter Zeit an manchen Ausgabestellen teilweise verdoppelt“, sagte sie dem Fernsehsender n-tv. „Unsere Mitarbeitenden müssen den Kunden dann sagen: Heute leider keine vier Äpfel, sondern nur zwei.“

Die B.Z. kennt die Zahlen für ganz Berlin. „An fünf unserer 47 Ausgabestellen von Laib und Seele gibt es wegen der gestiegenen Nachfrage nur noch alle 14 Tage Lebensmittel für die Kunden“, sagt Antje Trölsch (55), Geschäftsführerin der Berliner Tafel. „Weitere fünf Stellen machen das wegen [Corona](#) schon länger so.“.....

„Und eine Ausgabestelle musste einen Aufnahmestopp erlassen“, so Trölsch. „Dort werden derzeit keine weiteren Kunden aufgenommen.“ Sie betont: „Wir sind ein freiwilliges Zusatzangebot für die Menschen und können nur verteilen, was wir bekommen.“.....

Auch bei Laib und Seele in der Spandauer Paul-Gerhardt-Gemeinde wächst deshalb seit Monaten die Zahl der Berechtigten. Die Ausgabe findet hier noch wöchentlich statt, aber die Mengen werden kleiner.

„Seit Anfang des Jahres ist die Zahl der Haushalte, die bei uns registriert sind, von 105 auf 167 gestiegen“, so Christine Hoppmann (71), die ehrenamtliche Leiterin der dortigen Ausgabestelle. „Und natürlich wirkt

sich das auf die Menge der Lebensmittel aus, die jeder bekommt.“

<https://reitschuster.de/post/neuer-landtag-in-nrw-erhoeht-in-erster-sitzung-die-diaeten/> 4.6.2022

Neuer Landtag in NRW erhöht in erster Sitzung die Diäten Bezüge der Parlamentarier steigen auf rund 9.840 Euro monatlich

Die konstituierende Sitzung eines neu gewählten Parlaments ist in aller Regel eine eher trockene Angelegenheit, bei der jede Menge Formalitäten abzuarbeiten sind. Am vergangenen Mittwoch kamen die bei der zurückliegenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gewählten Abgeordneten erstmals in Düsseldorf zusammen, um eben diese Formalitäten zu klären. Unter Tagesordnungspunkt 15 stand die Abstimmung über die Erhöhung der Diäten für die Abgeordneten auf dem Programm.

Dass die vorgeschlagene „Anpassung“ der monatlichen Bezüge der Politiker um 237 Euro auf jetzt rund 9.840 Euro eine selten klare Mehrheit fand, ist keine Überraschung.

Die Abgeordneten von CDU, SPD, Grünen und FDP stimmten dafür, die Fraktion der AfD war dagegen.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article239181829/An-vielen-Schulen-fehlen-Plaetze.html> 4.6.2022

Viele Kinder warten vergeblich auf einen Platz am Gymnasium

In Deutschland finden hunderte Schüler im kommenden Schuljahr keinen Platz an ihrer Wunsch-Schule. In Berlin fehlen gar so viele Plätze, dass einige Kinder gar nicht versorgt werden können.

Bundesweit finden hunderte Schüler im kommenden Schuljahr keinen Platz an ihrem Wunsch-Gymnasium. Das ergab eine Umfrage von WELT AM SONNTAG unter den zehn größten Städten Deutschlands und den

Kultusministerien der Bundesländer. Die meisten Bundesländer und Städte, mit Ausnahme von Berlin, vermeiden es jedoch, von einem konkret bezifferbaren Mangel an Plätzen zu sprechen.

„Unerwartet viele Anmeldungen“

Stattdessen verweisen einige Bundesländer darauf, dass Schüler auf Alternativen ausweichen könnten. Besonders Großstädte mit hohem Zuzug und Bevölkerungswachstum geraten an ihre Grenzen. Die Stadt München etwa spricht von „unerwartet vielen Anmeldungen“; in Dortmund sind „die Kapazitäten beinahe voll ausgeschöpft“.

Verschärft wird die Knappheit auch durch die Aufnahme geflüchteter [Kinder aus der Ukraine](#). 125.582 von ihnen besuchen schon jetzt eine deutsche Schule, wie aus aktuellen Zahlen der Kultusminister-Konferenz (KMK) hervorgeht.

Vielerorts werden neue Schulen gebaut, zusätzliche Klassen ins Leben gerufen und auch berufliche Schulen als Ausweichquartiere genutzt. So etwa in Berlin, wo nach Angaben der Senatsverwaltung [derzeit noch 170 Plätze fehlen](#).

<https://tkp.at/2022/06/03/big-brother-norwegen-ueberwacht-lebensmitteleinkaeufe-der-buerger/> 3.6.2022

Big Brother: Norwegen überwacht Lebensmitteleinkäufe der Bürger

Norwegen verpflichtet die Supermärkte und einen Zahlungsdienstleister, alle Kartenzahlungen an das Statistikamt zu übermitteln. Damit weiß der Staat bald, was seine Bürger zu Mittag essen. Denn genau das will er wissen.

Norwegen verwandelt sich im Eiltempo zum digitalen Überwachungsstaat und zur vollständigen Kontrollgesellschaft. Jetzt will der Staat wissen, was die Leute essen und welche Lebensmittel sie einkaufen.

Norwegen hat Hunger, Datenhunger

Der schwedische Journalist Peter Imanuelsen berichtet über einen weiteren Vorstoß des skandinavischen Staates. Norwegen ist kein EU-Land, zur Erinnerung. So verlangt das „Staatliche Statistische Zentralbüro“ (SSB) jetzt, die Lebensmitteleinkäufe der Bürger zu erfassen. Dafür sollen alle Zahlungen, die mit Bankomat- oder Kreditkarte gemacht werden, verfolgt und erfasst werden.

Das SSB war schon nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich an der Erfassung der Bevölkerung und der Einrichtung eines „Volksregisters“ beteiligt. Das Register gab jedem Menschen eine „Geburtsnummer“, also eine ID. Vorläufer der „digitalen Identität“ somit.

Mittlerweile weiß die SSB, so schreibt Imanuelsen, „wo die Menschen wohnen und wie viel Einkommen sie haben, aber jetzt will sie auch alles, was man im Supermarkt kauft, genau verfolgen. Sie wollen jedes einzelne Lebensmittel kennen, das Sie kaufen.“

„Eine Verbindung zwischen den Zahlungstransaktionen mit der Debitkarte und den Quittungen der Lebensmittelgeschäfte ermöglicht es dem SSB [dem staatlichen Statistikamt], die Zahlungstransaktionen und die Quittungen von über 70 % der täglichen Lebensmitteleinkäufe miteinander zu verbinden“, so das staatliche Amt in einer Erklärung auf seiner Website.

<http://journalistenwatch.com/2022/06/03/zu-deutsche-hartz/> 3.6.2022

Zu groß: Deutsche Hartz´ler müssen Haus verkaufen

Das Bundesverfassungsgericht könnte demnächst Tausende von deutschen Hartz IV-Empfängern obdachlos machen: Selbst genutztes Wohneigentum ist vor Verwertung nur dann geschützt, wenn es eine „angemessene Größe“ hat. Ist das abbezahlte Haus zu groß, muss es versilbert werden. Klar: die Gleichstellung von Ukraine-Flüchtlingen und dem Asylbewerber-Heer mit einheimischen Erwerbslosen muss irgendwie bezahlt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Selbst genutztes Wohneigentum ist nach § 12 Abs. 3 SGB II bei der Bedürftigkeitsprüfung bei einem Bezug von Grundsicherungsleistungen nur dann geschützt, wenn es eine „angemessene Größe“ hat.


Sollte das Wohneigentum der aktuellen HartzIV-Empfänger für diese zu groß sein, weil es mittlerweile – nach dem Auszug der Kinder – von weniger Personen bewohnt wird, kann das für den Hartz-IV-Bezieher den Verlust der Bezüge oder eben des Hauses zur Konsequenz haben.

Die Begründung des Gerichts: Der soziale Rechtsstaat sei darauf angewiesen, dass Mittel der Allgemeinheit nur bei aktueller Bedürftigkeit in Anspruch genommen würden. Den Betroffenen würden hier keine notwendigen Mittel verwehrt – sie könnten schließlich ihr Wohneigentum zu Geld machen.

Das Gericht ist somit der Ansicht, es sei rechtens, dass Menschen, die lebenslang gearbeitet haben, sich für das Alter Wohneigentum – das mehrfach versteuert wurde – geschaffen haben, nun nach einer Notlage zu enteignen, um diese dann in den Kampf auf den heillos überlaufenen und überteuerten Mietwohnungsmarkt zu schicken. Dort können sich diese Bürger dann mit staatlich subventionierten Asylbewerbern und einem Heer von Ukraine-Flüchtlingen um nicht-vorhandene Wohnungen prügeln.

Denn diese beiden Gruppierungen – Ukraine-Flüchtlinge und Asylbewerber, sowie sonstige vom Steuerzahler alimentierte „Schutzsuchende“- Personengruppen, die also noch nie in die deutschen Sozialkassen einbezahlt haben – sollen nach dem Willen der Ampel-Clique mit einheimischen Erwerbslosen gleichgestellt werden.

<https://t.me/DrJudyMikovits/423> 4.6.2022

"People are showing high interest in TRUMP DIAMOND CARDS MEMBERSHIP 

ANOTHER member from this group ordered 150 diamond cards and just received them today and he's super satisfied.

If you're interested why, read on:

● The potential benefits of the UNI System could be free food, free gas, \$1000 monthly per card & free health care for the members.

● In nearby future the American history is going to be redefined and our destiny determined. Very soon you will learn how important this diamond card will be in the America!

● IMPORTANT: The official registration for the UNI system will begin at 15th of July.

MAKE SURE TO HAVE YOUR CARDS BEFORE THAT.

● THE FIRST PHASE OF THE SALE WILL END TODAY!!

⚠️ AFTER TODAY, THE PURCHASE PRICES WILL SKYROCKET 🚀 AND NOT EVERYONE WILL BE ABLE TO AFFORD IT!

⚠️ THIS IS YOUR LAST DAY WITH CURRENT PRICES...

ORDER WHILE YOU STILL CAN, BECOME PART OF HISTORY WITH DONALD TRUMP 🇺🇸"

🇺🇸" Check this offer from our president

<https://bit.ly/DiamondCardStore>

https://t.me/impfen_nein_danke/107559 9.6.2022

[Antwort auf ~~X~~impfen-nein-danke.de offiziell👍]

Trump führt das (chinesische?) Sozialkarten-System zunächst privat ein. Wer die Karte kauft und damit Mitglied in einer Art Verein wird, wird in Aussicht gestellt, durch das UNI-System in Zukunft profitieren zu können: \$1000 Grundeinkommen im Monat + Lebensmittel + Benzin frei.

Welche Bedingungen daran allerdings geknüpft werden, ob man weiterhin vom Grundrecht der Meinungsfreiheit oder körperlichen Unversehrtheit Gebrauch machen darf, wird nicht erklärt. Da sich Trump vom Impfkritiker

(2012-2016) zum Impfbefürworter (seit Jan. 2017) gewandelt hat, ist zu befürchten, daß der Impfstatus an das Grundeinkommen geknüpft werden könnte.

Trump lehnte bisher immer eine Impfpflicht ab. Sollte man das Grundeinkommen aber nur bekommen, wenn man geimpft ist, könnte man es freiwillig nennen, man müsse das Grundeinkommen nicht annehmen, könne ja auch arbeiten gehen. Aber nur, wenn es dann noch die zu 80% überflüssigen Arbeitsplätze geben wird.